

zuletzt aktualisiert am: 03.03.2013

URL: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/mehr-als-2500-euro-fuer-kindergartenplatz-1.3230269>

Gebührenvergleich in 95 Städten

Mehr als 2500 Euro für Kindergartenplatz

VON EVA QUADBECK - zuletzt aktualisiert: 03.03.2013 - 13:10

Berlin (RP). Die Gebühren für Kindergärten sind bundesweit in den vergangenen Jahren gesunken. Allerdings ist die Spreizung weiterhin riesig. Sie liegt zwischen null und mehr als 2500 Euro pro Kind und Jahr im Alter von drei bis sechs Jahren.

Während ein Land nach dem anderen die Studiengebühren wieder abschafft, müssen die Eltern kleiner Kinder weiterhin tief in die Tasche greifen, um ihren Nachwuchs betreuen zu lassen. Die Kindergarten-Gebühren für die Drei- bis Sechsjährigen betragen pro Kind und Jahr teilweise mehr als 2500 Euro für Eltern mit hohen Einkommen. Allerdings ist der Trend rückläufig. Immer mehr Kommunen senken ihre Gebühren oder schaffen diese wie Düsseldorf ganz ab.

Dies zeigt eine Studie der Politikwissenschaftler Achim Goerres (Universität Duisburg-Essen) und Markus Tepe (Uni Oldenburg). Die Wissenschaftler haben die Kindergartengebühren in 95 Städten verglichen und nach Ursachen gesucht, warum in der einen Stadt beispielsweise ein Elternpaar mit zwei Kindern und einem mittleren Einkommen für die Betreuung 2200 Euro pro Jahr zahlt, während die Nachbarstadt keine Gebühren verlangt. Untersucht wurden ausschließlich die Gebühren für die Drei- bis Sechsjährigen. Die Elternbeiträge für den Krippenbereich, den die Null- bis Dreijährigen besuchen, liegen deutlich über den Kindergartengebühren, da für die Kleinen mehr Personal zur Verfügung stehen muss.

"Parteipolitische Effekte" bei der Gebührengestaltung

Die Finanzlage der Kommunen und die Zusammensetzung des Stadtrats sind ausschlaggebend für die Höhe der Kindergartengebühren. "Städte mit gut gefüllten Kassen haben niedrigere Kindergartengebühren", sagt Studienautor Goerres. Der Politikwissenschaftler stellte auch "parteipolitische Effekte" bei der Gebührengestaltung fest: "Wo der Stadtrat links ist, da sind die Gebühren für mittlere und hohe Einkommen höher." In den meisten Städten sind für die Berechnung der Elternbeiträge auch die Frage nach Geschwistern und die Anzahl der Stunden, die ein Kind pro Woche betreut wird, ausschlaggebend.

Tendenziell zahlen die Eltern im Osten höhere Beiträge als die Eltern im Westen. Auch die Landespolitik spielt eine entscheidende Rolle. Je mehr die Länder den Kommunen für die Kindergartenplätze zuschießen, desto weniger zahlen auch die Eltern. Zu den teuersten Städten für Mütter und Väter mit Nachwuchs im Kindergartenalter zählen Lübeck, Flensburg, Jena, Hannover und Kiel. Das heißt, drei der fünf teuersten Städte liegen in Schleswig-Holstein. Die fünf preiswertesten Städte waren in den vergangenen fünf Jahren Heilbronn, Zwickau, Koblenz, Mannheim und Düsseldorf.

Stärksten Preisnachlässe in Wiesbaden

Die Mehrheit der untersuchten Städte hat in den vergangenen fünf Jahren ihre Kindergartengebühren gesenkt. So wurden der Studie zufolge durchschnittlich von 100 Euro an zusätzlichen Landeszuschüssen 72 Euro

dafür verwendet, die Elternbeiträge zu reduzieren. Die stärksten Preisnachlässe gab es in Wiesbaden, in einigen rheinland-pfälzischen Städten und in Düsseldorf.

Goerres und sein Kollege sind auch der Frage nachgegangen, ob ein größerer Anteil von Frauen im Stadtrat Einfluss auf die Kosten der Kinderbetreuung hat. Ihre These, dass mehr Weiblichkeit unter den Entscheidern zu niedrigeren Gebühren führe, konnten sie nur in Teilen belegen. So stellten sie fest, dass ein höherer Anteil von Stadträtinnen dazu führt, dass die Gebühren für die hohen Einkommen niedriger liegen als anderswo.

Die Autoren waren über diesen Befund verblüfft. Offensichtlich wird in diesem Punkt Politik für die eigene Familienkasse gemacht. Die Stadträtinnen gehörten selbst eher den hohen Einkommensklassen an. Als mittleres Einkommen definieren die Wissenschaftler rund 45.000 Euro im Jahr. Das hohe Einkommen siedeln sie bei 80.000 Euro pro Jahr an.

Die demografische Lage einer Stadt, also die Frage, wie viele Kinder es im Verhältnis zu älteren Menschen gibt, spielt nach Erkenntnis von Goerres "keine Rolle" bei den Preisen für einen Kindergartenplatz. Es gibt offenbar auch keine Versuche von Städten, mit niedrigen oder Null-Gebühren die begehrten jungen Familien in ihre Kommunen zu locken.

Obwohl die Gebühren insbesondere für Eltern mit guten Einkommen teilweise empfindlich hoch sind, tragen die Hauptkosten für die Kindergärten Kommunen und Länder. Im Durchschnitt steuern Mütter und Väter nur rund 20 Prozent der Kosten für Personal, Investitionen, Ausstattung und Betrieb der Einrichtungen bei.

MEHR ZU DEN THEMEN DIESES ARTIKELS

- Flensburg
- Hannover
- Mannheim

Jetzt weiterlesen und die Rheinische Post testen.

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken